

Wolfgang-Uwe Friedrich

UNIVERSITÄT HILDESHEIM
Rede anlässlich der Verabschiedung
aus dem Präsidentenamt
(Atrium 3. Dezember 2020)

Verehrte Festversammlung,

Sie erweisen mir mit Ihrer Anwesenheit eine Ehre, die ich hoch schätze, zumal wir unter den Bedingungen der Pandemie auf den üblichen Rahmen verzichten müssen. Im Jahr 2000 wurde ich zum Vizepräsidenten dieser Universität gewählt, 2002 zum Präsidenten. Fast zwei Jahrzehnte lang erfuhr ich hier von allen Seiten kraftvolle Unterstützung meiner Arbeit. Ich danke zunächst meinem Büro: Frau Majewski hat souverän das Präsidialbüro geleitet, unterstützt von Frau Lang und Frau Schulz, und ihre langjährigen Vorgängerinnen Frau Härtling, Frau Fulgner und Frau Ehlers verdienen ebenfalls meinen ganz besonderen Dank für die souveräne und stets sehr freundliche und hilfsbereite Arbeit auf der Chefetage. Frau Härtling gilt mein besonderer Dank und Gruß nach Magdeburg. Herr Dr. Dittmann hat als mein persönlicher Referent durch seine sehr hohe Kompetenz, seinen sehr effektiven und darüber hinaus stets freudigen Einsatz für die Universität insgesamt Verdienste erworben, und gleiches gilt für seine Vorgängerinnen Frau Dr. Jobst, Frau Dr. Wildenhahn und Frau Dr. Weinmann. Frau Lange leitet erfolgreich das Team Kommunikation und Medien und hat mit unserem Uni-Magazin „Die Relation“ bundesweit Maßstäbe gesetzt. Herr Heinemann hat mich fast 19 Jahre lang durch die Lande gefahren, stets pünktlich und unfallfrei. Sie alle und viele weitere haben nicht nur mein Handeln als Präsident mit verfolgt, sondern auch meine Stimmungen kennengelernt, und Sie vermittelten mir dankenswerter Weise den Eindruck, als bereite Ihnen die Arbeit Freude. Das wiederum hob meine Stimmung. Herzlichen Dank!

Das Präsidium zählte zu meinem unmittelbaren Arbeitsumfeld. Besonders mit dem Hauptberuflichen Vizepräsidenten verband mich eine enge Zusammenarbeit. Ich danke Herrn Dr. Kreysing für seine sehr umsichtige und verantwortliche Arbeit als Beauftragter für den Haushalt und Chef der Verwaltung, ein Dank, der auch seinen Vorgängern Dr. Strutz und Dr. Grahl gilt. Ich danke den Vizepräsidentinnen Prof. Baader, Prof. Kluge, Prof. Sander und Prof. Schreiner. Sie lieber Herr Schreiner, zählten zu meinen engsten Kollegen und Ihr Rat war mir teuer, ebenso wie der des früheren Vizepräsidenten und langjährigen Senatsmitglieds Prof. Kierdorf. Ich danke ebenso der Dekanin und den Dekanen, die heute bei uns sind. Die Liste verdiente es sehr, fortgesetzt zu werden, sie wäre aber sehr lang, zu lang für diese Feierstunde, und deswegen schließe ich Sie mit einem von Herzen kommenden Dankeschön an alle Mitglieder der Stiftung Universität Hildesheim, an die Studierenden, die Lehrenden, an die MTV und die für uns ehrenamtlich Tätigen im Stiftungsrat und in der Universitätsgesellschaft e.V. Was wir erreichten, haben wir gemeinsam geschaffen und wir konnten es nur mit dem Zugewinn an Autonomie schaffen, den uns das Stiftungsmodell bietet.

Begrüßen möchte ich herzlich meine Nachfolgerin, Frau Prof. Kallenrode, der ich viel Erfolg wünsche. Und danken möchte ich für die sehr freundlichen Worte Frau Prof. Baader, unserem Stiftungsratsvorsitzenden Dr. Thomas und Ihnen, lieber Herr Minister Thümler. Ihre Hochschulpolitik setzt mit der Digitalisierungsoffensive, der Fokussierung auf Europa und der Potentialanalyse wichtige Schwerpunkte. Auch die Novellierung des Hochschulgesetzes weist in eine gute Richtung. Ich hoffe, dass die für den Haushalt Verantwortlichen Ihnen nicht die Möglichkeit nehmen, auch reich zu ernten.

Schließlich begrüße ich meinen Nachfolger im Amt des Vorsitzenden der Landeshochschulkonferenz Niedersachsen, Präsident Schachtner, und meine langjährige Vorstandkollegin Präsidentin Rode-Breymann. Ein besonderer Dank darf an dieser Stelle nicht fehlen: Sechs Jahre

lang hat die Geschäftsführerin unserer Landeshochschulkonferenz, Frau Alexa Knackstedt, meine Arbeit begleitet, sehr kompetent, sehr einsatzfreudig, sehr umsichtig und stets sehr verbindlich. Ganz herzlichen Dank!

Meinen Dank möchte ich mit einem Zitat von Wilhelm von Humboldt abschließen: „Im Grunde sind es doch die Verbindungen mit Menschen, welche dem Leben seinen Wert geben, und je tiefer eingehend sie sind, desto mehr fühlt man, wozu zuletzt doch eigentlich Genuss steht, die Individualität.“

Verehrte Festversammlung,

über unsere Entwicklung ist viel gesagt worden und ich betone, es war *unser* Weg, den wir als Universität in der Trägerschaft einer öffentlich-rechtlichen Stiftung seit 2003 in höherem Maße eigenverantwortlich gestalten. Die Zahl der Studierenden hat sich seitdem mehr als verdoppelt und liegt heute bei rund 8.500; ebenfalls verdoppelt hat sich die Zahl der Beschäftigten auf nunmehr rund 850. Entscheidend wirkt der Anstieg der Professuren von 39 auf (die ausgeschriebenen mitgezählt) 109, mit einem Frauenanteil von etwas über 40 Prozent. Die Zahl der Promotionen hat sich mehr als verfünffacht, der Umfang der Drittmittel mehr als versechsfacht. Wir blicken auf zwei Jahrzehnt dynamischen Wachstums zurück, das sowohl quantitativ als auch qualitativ messbar ist.

Die in diesen knapp zwei Jahrzehnten neu eingerichteten Professuren zeugen vom Gestaltungswillen und der Gestaltungskraft unserer Stiftungsuniversität. Ich nenne nur einige der eigenverantwortlich geschaffenen Professuren: Pädagogik der frühen Kindheit, Diversity Education, Neurodidaktik, Klinische Psychologie, Biowissenschaften des Sport, Migrationspolitik, Kulturphilosophie, Popular Music Studies, Kreatives Schreiben, Deutsch als Zweitsprache und Fremdsprache, Computerlinguistik, Softwareengineering und Data Science. Voraussichtlich 2021 werden weitere Professorinnen und

Professoren berufen, und zwar für Digitales Lehren und Lernen im Unterricht, Theologische Ethik, Psychotherapie, Ethnomusicology, Digital Humanities, Wissenschaftskommunikation im digitalen Zeitalter und Informatikdidaktik. Diese Form qualitativen Wachstums gilt es weiterhin zu pflegen. Die jüngste Diskussion im Stiftungsrat über die ausgeschriebene Professur Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Digitalpolitik zeigt erneut: Erstens, unser Profil schärfen wir mit interdisziplinär ausgerichteten, die strengen Grenzen klassischer Disziplinen überschreitenden Denominationen. In den Professuren liegt der Schlüssel zum Erfolg. Humboldt wusste das und auch Althoff – und die eigene Erfahrung bestätigt die Erkenntnis. Wenn gespart werden muss, dann zuletzt hier! Und zweitens, die Wortmeldungen seitens der Ministerialbürokratie sind oft durch strukturkonservative Denkmuster und Skepsis gegenüber unternehmerischem Handeln geprägt. Universitäten sind Institutionen, aber Universitätspräsidien müssen, um Erfolge zu erzielen, unternehmerisch handeln. Die Wortmeldungen des *cadre fonctionnelle* verdienen dabei durchaus Respekt, sie zwingen zum Nachdenken, aber sie wirken kaum als Treiber von Innovation. Hochschulpolitiker können und sollten die Rolle eines Treibers auch einnehmen. Sie, Herr Minister Thümler, tun es z.B. mit der Digitalisierungsoffensive. Weiter so! Mehr davon! Mehr auch mit Blick auf Hildesheim!

Was wir als Universität Hildesheim sind, beruht auf den Chancen, die uns das Stiftungsmodell bietet, und das vom Gesetzgeber 2002 als eine Form von „Entstaatlichung“ verstanden wurde. Entstaatlichung bedeutet danach Verzicht auf die Fachaufsicht, bedeutet Übertragung des Berufungsrechts auf die Stiftung, bedeutet mehr Eigenverantwortung, umfassende Rechenschaftspflicht und effizientes Handeln. Das Berufungsrecht ist unser kostbarstes Gut. Unser Stiftungsrat nimmt unter Ihrem ausgleichenden und abwägendem Vorsitz, lieber Herr Dr. Thomas, seine Verantwortung als Aufsichtsorgan und als „critical friend“ in einer Weise wahr, die Innovation begünstigt. Das gilt auch für die Stiftungsuniversität als Bauherrin, eine Eigenschaft, die wir unter der Leitung unseres

Baudezernenten Thomas Hanold ebenso kreativ wie verantwortlich ausüben. Ich durfte diesen Prozess mitgestalten und habe viel von unserem ersten Stiftungsratsvorsitzenden Dr. Jürgen Stark, damals Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, gelernt. Mehr als ein Jahrzehnt wirkte er in diesem Ehrenamt als Garant für verantwortliches Handeln und Förderer von Innovation.

Ich möchte nun im zweiten Teil meiner Ansprache einige allgemeine Anmerkungen zur Lage der Universität machen, die ich mit einem Imperativ verbinde: Die Universität muss sich robust entwickeln. Was ist darunter zu verstehen?

Wir entscheiden als Universität über unseren Weg nicht allein, wir werden beeinflusst von den politischen und gesellschaftlichen Kräften. Robuste Universität bedeutet in diesem Kontext: eigenverantwortlich die Entwicklung gestalten, nicht zum bloßen Objekt anderer Akteure werden, sondern handelndes Subjekt bleiben. Ich greife damit einen Begriff der früheren ERC-Präsidentin Helga Nowotny auf. Sie wies nachdenklich auf Trends der Hochschulentwicklung hin, darunter die „Projektifizierung“ der Forschung: der Anteil der Drittmittel an den deutschen Universitätshaushalten stieg von 23 % 1995 auf 48 % 2018 und damit einher ging die Zahl der unbefristeten Stellen zurück, von 27 % 2001 auf 17 % 2016. Der Anteil unbefristeter Stellen im „Mittelbau“ liegt an unserer Universität bei 35 Prozent. Dennoch gehört auch zu unserem Alltag die „Projektifizierung“. Robust bedeutet für Helga Nowotny die Fähigkeit zum „Mit- und Gegendenken“. Wenn wir über unsere Rolle im Wissenschaftssystem und in der Gesellschaft nachdenken, kann sich der Begriff in einer erweiterten Bedeutung als besonders fruchtbar erweisen.

Die europäische Universität erfüllte seit ihrer Gründung vor mehr als 800 Jahren stets auch die Aufgabe einer Ausbildungsstätte. Genau das entspricht auch heute dem Studienziel einer großen Mehrheit der Studierenden; geschätzt sind es ca. 95 Prozent. Der Bologna-Prozess hat dieses Faktum mit dem Studienziel „employability“

verknüpft, was letztlich nur der gestiegenen Nachfrage nach akademisch „geschulten“ Fachkräften Rechnung trägt. In der hochschulpolitischen Diskussion fordern deshalb die einen „mehr Schule“, also ein eng gestricktes Curriculum mit klaren Zielvorgaben zum „Kompetenzerwerb“, während andere den klassischen Humboldt’schen Bildungsbegriff nicht preisgeben wollen, der das Studium auch als wichtige Phase der Persönlichkeitsbildung versteht. Beides muss sich nicht zwangsläufig ausschließen, aber Maß und Mitte zu finden, gestaltet sich in der universitären Praxis nicht einfach, wenn es z.B. um die Verteilung von ECTS geht, auf die dann auch noch Akkreditierungsagenturen Einfluss nehmen. Die robuste Universität widersteht der Forderung nach einer schnellen Berufsausbildung ebenso wie der nach schneller Verwertbarkeit ihrer Forschungsleistungen. Und gleichzeitig entwickelt sie ihr Studienangebot nachfrageorientiert ständig weiter, um für die genannten 95 Prozent eine interessante Institution zu bleiben, an der sie dann allerdings mehr erfahren, als eine bloß praktische Ausbildung. Ein ehemaliger Student schrieb mir vor wenigen Wochen einen sehr freundlichen Brief: „Sie werden sich vermutlich kaum an mich erinnern. Ich habe 1997 das Studium des Internationalen Informationsmanagements mit dem seinerzeit neuen Schwerpunkt Angewandte Informationswissenschaft in Zeiten des technologischen Aufbruchs aufgenommen. Das World Wide Web gewann in der Gesellschaft an Popularität, und gänzlich neue Möglichkeiten taten sich im Zuge dieses im Rückblick einzigartigen Momentums auf. Es war ein besonderes Erlebnis und Privileg, den technischen, gesellschaftlichen und kulturellen Wandel sowohl von privater als auch aus wissenschaftlicher Perspektive zu begleiten und aktiv zu gestalten.“ Der ehemalige Student ist Mitbegründer und CEO eines Unternehmens mit rund 4000 Mitarbeitern und schreibt mir: „Die Universität Hildesheim hat hierzu, fachlich wie auch persönlich, wie ein Katalysator gewirkt.“ Die robuste Universität achtet darauf, dass Berufsausbildung und Persönlichkeitsbildung Hand in Hand gehen. Sie fühlt sich dem Humboldt’schen Ideal verpflichtet. Für die Nach-Pandemie-Zeit bedeutet dies auch, am Konzept der

Präsenzuniversität festzuhalten. Online-Formate ergänzen die Lehre, sie ersetzen aber nicht den Seminarraum.

Betrachtet man die deutsche Universitätsgeschichte, so sagen uns allein die Jahreszahlen 1914, 1918, 1933, 1945 und auch 1968, dass das System Wissenschaft höchst vulnerabel ist. Universitäten entwickeln sich nicht los gekoppelt von Politik und Gesellschaft, sondern beanspruchen wissenschaftliche Autonomie in einer konfliktreichen Gesellschaft. Die historische Erfahrung lehrt uns, dass die robuste Universität ihre Heimat in der Demokratie findet, denn nur in ihr wird die Freiheit von Forschung und Lehre geschützt. 1933 ging diese Freiheit unter aktiver Mitwirkung von Professoren und Studierenden verloren. Die Mitglieder einer Universität sind nicht zuletzt aufgrund dieser historischen Erfahrung verpflichtet, die Freiheit von Forschung und Lehre zu verteidigen. Das schließt den akademischen Streit keinesfalls aus, verpflichtet aber zur Beachtung akademischer Regeln. Vor allem: Es geht um die Wissenschaft. „Politik gehört nicht in den Hörsaal“, sagt Max Weber, und fährt fort: „Denn praktisch-politische Stellungnahme und wissenschaftliche Analyse politischer Gebilde und Parteistellung ist zweierlei.“ (Ders.: Wissenschaft als Beruf) Der akademische Streit ist eine kritische Auseinandersetzung über Methoden wissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung. Beispiele dafür sind der Werturteilsstreit über normative Aussagen in den Sozialwissenschaften zu Beginn des 20. Jahrhunderts oder der Positivismusstreit in den 1960er Jahren. Auch die heutige Diskussion über die am besten geeigneten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie hat ihren Platz in der Universität. Zugleich zeigt dieses Beispiel, dass eine Grenze verschoben wird, sobald große politisch-gesellschaftliche Bewegungen in den Raum der Wissenschaft eindringen, sich in der Universität Gehör verschaffen. Dann geht es nicht mehr allein um das virologische Problem der Übertragungswege und über das immunologische Problem des Ansteckungsschutzes, sondern um Maskenpflicht und Lockdown, also um politische Entscheidungen, die wissenschaftlich begründet werden. Es ist interessant zu beobachten, wie führende

Forscherinnen und Forscher ihre empirischen Erkenntnisse öffentlich kommunizieren, wie der wissenschaftliche Diskurs in die politische Diskussion mündet. Natürlich ist die besondere Rolle des Mediziners zu berücksichtigen, der nicht nur diagnostiziert, sondern getreu dem Hippokratischen Eid auch therapiert. Gut, wenn ein Gemeinwesen über Institutionen verfügt, die auf gesicherter wissenschaftlicher Basis der Politik Empfehlungen geben, wie das bei uns das Robert-Koch-Institut und die Leopoldina und in den USA das Center for Disease Control and Prevention tun. Wir sehen, wie unterschiedlich die Politik mit diesen wissenschaftlichen Empfehlungen umgeht. Heute lehrt ein Blick in die USA über das aktuelle Beispiel der COVID-19 Pandemie hinaus noch etwas anderes, dass nämlich die gesellschaftliche Spaltung weit in die Hochschullandschaft hineinreicht und kämpferische Parolen mancherorts das akademische Klima vergiften. Regeln werden missachtet, die – wie die Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt betonen, „Leitplanken“ der Demokratie sind: „Lediglich das Einvernehmen darüber, was erlaubt ist und was nicht, verhindert, dass das Spiel im Chaos endet.“ (Dies.: Wie Demokratien sterben, 2018, S. 119) Regeln gelten auch in der robusten Universität, die auf die Freiheit von Forschung und Lehre verpflichtet ist. Diese Feststellung richtet sich nicht gegen *political correctness*, wenn darunter schlicht Anstand verstanden wird. Die Soziologin Eva Illouz hat darauf nachdrücklich hingewiesen. Aber die angelsächsischen Diskussionen über Blickkontakt als Mikroaggression – um ein Beispiel zu wählen - führen bloß zu sterilem Streit und befruchten nicht den akademischen Diskurs. Gefährlich für die Freiheit der Wissenschaft wird diese Tendenz dann, wenn sie den Kernbereich der Wissenschaftsfreiheit verletzt, wenn also z.B. bei Veröffentlichungen an die Stelle des Double-blind-Peer-Review-Verfahrens im Namen einer „racial equity“ die Bevorzugung nicht-weißer Autorinnen und Autoren gefordert wird. Der Berner Althistoriker Stefan Rebenich setzte sich damit jüngst sehr kritisch und engagiert auseinander (FAZ 26.11.2020). Insbesondere US-amerikanische Debatten sind derart stark durch die Geschichte und die Folgen der Sklaverei geprägt, dass sie nur äußerst bedingt zur Übertragung auf die deutschen Verhältnisse taugen,

während Antisemitismus wiederum bei uns ein anderes Gewicht haben muss, als in angelsächsischen Kulturen. „Racial equity“, Rassismus, Sexismus, Diskriminierung etc. sind Themen für das Seminar, sie gehören auf die Analyse-Ebene, sie gehören daneben auch zu einer lebendigen Campuskultur, aber sie gehören nicht als politisch-agitatorische Aktion in den Hörsaal.

Robuste Universität bedeutet, dass gesellschaftlicher Streit auf die Ebene des wissenschaftlichen Diskurses verlagert werden muss und dass gleichermaßen wissenschaftliches Wissen in die Gesellschaft hinein verantwortlich und angemessen kommuniziert werden muss. Auch deswegen darf sich übrigens das Studium in einer demokratischen Gesellschaft nicht allein auf die Berufsqualifikation konzentrieren.

Die robuste Universität ist gegenüber Staat und Gesellschaft rechenschaftspflichtig, aber sie darf sich nicht in einer wachsenden Hochschulbürokratie erschöpfen. Eine Allensbach-Umfrage ergab 2019, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nur noch 59 % ihrer Arbeitszeit auf Forschung, Lehre und Prüfungen verwenden, während es 1977 72 % der Arbeitszeit waren. Berichtswesen, komplizierte Antragsverfahren für Forschungsmittel, der Druck zum schnellen Publizieren gehen einher mit einem zunehmenden Verlust an „schöpferischer Muße“. Und auch die Studierenden sind einem wachsenden Druck zum schnelleren Arbeiten ausgesetzt. Die Regelstudienzeit birgt Schattenseiten. Die robuste Universität muss allen ihren Mitgliedern mehr Freiräume bieten und diese Stück für Stück den bestehenden systemischen Zwängen abtrotzen.

Last but not least: das gute Geld. Einerseits ist den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland die finanzielle Grundausstattung gesichert, andererseits zeugt nicht nur die bauliche und technische Infrastruktur von großen Defiziten. Hierüber entscheidet nach herrschender Meinung der Haushaltsgesetzgeber, denn das Budgetrecht gilt als das älteste und vornehmste Recht der Parlamente. Was tun, wenn empirische Evidenz, durch unabhängige

Gutachten bestätigt, ein strukturelles Defizit in der Grundfinanzierung einer Hochschule aufweist, das im Rahmen des Kontraktmanagements mit der politischen Exekutive verhandelt, beschrieben und beziffert wird, aber der Geldtransfer nicht stattfindet? Bernd Hartmann, Professor für öffentliches Recht an der Universität Osnabrück, hat auf meine Bitte hin ein Gutachten erstellt. Er leitet aus der Niedersächsischen Verfassung Leistungsansprüche ab: „Im Zusammenhang mit der Finanzierung der niedersächsischen Universitäten ist der Landtag weder mit Blick auf das Ob der Mittelbereitstellung noch bei der Frage nach der Bemessung der konkreten Höhe frei, sondern muss die (...) Mindest- bzw. angemessene Ausstattung jeder einzelnen Hochschule gewährleisten.“ (Ders.: Niedersächsische Verwaltungsblätter 9/2020, S. 261- 267, Zit. S. 267) Deshalb fordert unser Hochschulgesetz in Paragraph 1: „Die Kriterien der Finanzierung sind den Hochschulen und dem Landtag offenzulegen.“ Ich erkenne hier Defizite, über die gesprochen werden muss, wenn die sich aus den Zielvereinbarungen ergebenden beiderseitigen Pflichten nicht erfüllt werden. Diese für den Kulturstaat relevante Frage kann im konkreten Fall wahrscheinlich nur höchstrichterlich entschieden werden. Immerhin haben Bund und Länder das mit dem Ruf „Pakte, nichts als Pakte“ beschriebene Finanzierungsproblem adressiert. Die robuste Universität verlangt zunächst von der Politik eine angemessene, und das heißt faire und gerechte Antwort.

Die Stiftungsuniversität muss sich stets aufs Neue als robust erweisen. Mir half mein Motto, das ich von Victor Hugo übernahm, und es passt auch für die künftige Entwicklung: „Die Zukunft hat viele Namen: Für die Schwachen ist sie das Unerreichbare, für die Furchtsamen das Unbekannte und für die Mutigen die Chance.“

Es war mir eine Ehre und eine Freude, achtzehn Jahre und neun Monate lang unserer Stiftungsuniversität Hildesheim als Präsident gedient zu haben.

Ich danke Ihnen!